

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 986 846 ppbn
Telefax: (0228) 9 1520-12

Inhalt

Robert Antretter MdB fordert die Sozialdemokraten auf, nicht länger wegzuschauen: Aus der Entwicklung in Bosnien-Herzegowina müssen Konsequenzen gezogen werden.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB mahnt die Naturschützer, auf ihre Glaubwürdigkeit zu achten: Wer den Straßenverkehr begrenzen will, darf nicht die Bahnreform bekämpfen.

Seite 3

Achim Großmann MdB kritisiert die Bonner Wohnungsbaupolitik: Ex- und Hopp-Veranstaltung verschärft die Probleme.

Seite 4

**Neue Adresse seit
1.1.1994
Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn**

49. Jahrgang / 6

10. Januar 1994

Auch die Sozialdemokraten dürfen nicht länger wegschauen!

Aus dem Versagen der Diplomatie in Bosnien-Herzegowina müssen Konsequenzen gezogen werden

**Von Robert Antretter MdB
Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Mitglied der WEU-Versammlung**

In Bosnien-Herzegowina hat die Barberei über die Zivilisation und haben die Aggressoren über das Völkerrecht triumphiert. Ein von der UNO international anerkannter Staat wird in einer "Friedenskonferenz" aufgeteilt, nachdem die Aggressoren mit einer barbarisch terroristischen Kriegsführung altangestammte Siedlungsgebiete "ethnisch gereinigt" haben. Alle westlichen Friedenspläne erwiesen sich als Makulatur, die Androhung militärischer Schläge und die Einrichtung von humanitären Schutzzonen als harmlose Drohgebärden. Eine Neigung macht sich breit, von diesem ersten Eroberungskrieg auf dem europäischen Kontinent seit dem II. Weltkrieg wegzusehen, weil alle Befriedungsversuche fehlgeschlagen sind. Während eine ad-hoc-Kriegskoalition während des II. Golfkrieges im Norden Iraks ohne die Legitimation des UN-Sicherheitsrats rasch und entschlossen handelte und Schutzzonen für die bedrängten Kurden einrichtete, war die westliche Diplomatie im Krisenmanagement in Bosnien-Herzegowina damit beschäftigt, die Neudefinition der Aufgaben der NATO oder die Beziehungen der NATO zur UNO abzuklären und konnte nicht einmal einen Konsens über die politischen Zielsetzungen einer Nachkriegsordnung für das ehemalige Jugoslawien erreichen.

In Anbetracht der zutage getretenen Uneinigkeiten der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union konnten die serbischen Aggressoren die westliche Staatengemeinschaft mühelos auseinanderdividieren beziehungsweise echte Drohungen von Bluffs sehr wohl unterscheiden. Die USA hielten sich aus diesem Konflikt heraus und überließen die Eindämmung des Krieges den Europäern, die sich in diplomatischer Geschäftigkeit ergingen, um den Eindruck einer gemeinsamen Sicherheitspolitik aufrechtzuerhalten.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kostenloser Versand
mit 100% recyceltem Papier
Recycling-Paper



Friedenspläne wurden aufgestellt und wieder verworfen, Prinzipien wurden formuliert und über Nacht wieder aufgegeben. Die bestehenden Konsultationsverpflichtungen innerhalb der EU wurden übergangen, als eine Staatengruppe im Mai der Aufteilung Bosnien-Herzegowinas den Weg ebnete. Mißtrauen unter den EU-Staaten machte sich breit, weil man sich wechselseitig unterstellte, alte historische Bindungen wieder zu beleben beziehungsweise nationale Einflußzonen zu schaffen.

Das westliche Konfliktmanagement hat gezeigt: ohne eine grundlegende Verständigung über die Ziele und Instrumente einer Politik der präventiven Konfliktverhütung, ohne eine Revision der bestehenden Entscheidungsverfahren, wird eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ohne politische Substanz bleiben. Aus diesem Fiasko der westlichen Diplomatie müssen dringend die erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen werden:

Es bedarf innerhalb der Europäischen Union strategischer Lagezentren, die selbst unwesentliche Veränderungen bei innerstaatlichen Konflikten analysieren und im Hinblick auf den Minderheitenschutz bewerten.

Es bedarf einer Diskussion, wie die Grenzen friedlich verändert und die gruppenbezogenen Minderheitenrechte gestärkt werden können, ohne daß durch die Berufung auf das Recht auf Selbstbestimmung secessionistische Bestrebungen ermuntert werden. Die bestehenden Einrichtungen der KSZE zur zwischenstaatlichen Schlichtung und Streitbeilegung sind ebenso auszubauen wie der präventive Menschenrechts- und Minderheitenschutz des Europarates. In einer "Plattform der europäischen Sicherheitsinteressen" müßten die in der WEU zusammengeschlossenen Staaten ihre gemeinsamen Interessen nach dem Vorbild des Berichtes "Agenda für den Frieden" des UNO-Generalsekretärs definieren.

Es bedarf einer Klärung, mit welchen Kriterien humanitäre, militärische Interventionen bei Verbrechen gegen Menschlichkeit legitimiert, aber auch im Hinblick auf einen möglichen Mißbrauch begrenzt, werden können. Die herkömmliche Trennung von friedenserhaltenden, gewaltfreien Missionen (peacekeeping) der Blauhelmstreitkräfte und militärischen Zwangsmaßnahmen der kollektiven Sicherheit kann im Hinblick auf die massive Verletzung von Menschenrechten in Anwesenheit der UNO-Truppen nicht weiter aufrechterhalten werden.

Die Europäische Union benötigt ein in sich abgestimmtes Instrumentenbündel für die Früherkennung von Krisen, die Konfliktverhütung, das Krisenmanagement und die Friedenskonsolidierung.

Kann man es anders als zynisch nennen, wenn wieder einmal "Europa" dafür herhalten muß, innenpolitische Ziele, wie die von Teilen der Union betriebene Lockerung der deutschen Kriegs-waffenexportkontrollen, durchzusetzen? Im Hinblick auf andere schwelende Krisenherde muß es jetzt gerade darauf ankommen, das bestehende Instrumentarium der Europäischen Union bei der Verhängung von Sanktionen, bei der Durchführung von Embargomaßnahmen und bei der Kontrolle von Waffenexporten oder Dual-use-Gütern zu verstärken.

Ohne eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bleibt eine Politische Union ohne politische Substanz. 1996 soll der EU-Vertrag revidiert werden. Damit nicht noch einmal hinter verschlossenen Türen unzureichende Vertragsbestimmungen ausgehandelt werden, müssen endlich die Lehren aus dem Versagen der westlichen Diplomatie im ehemaligen Jugostawien gezogen werden. An dieser Diskussion muß sich auch die SPD beteiligen. Während vor zehn

Jahren Millionen Menschen gegen den NATO-Doppelbeschluß zur Stationierung neuer Kernwaffenträger demonstriert haben, reagiert die deutsche Öffentlichkeit auf die barbarischen Vorkommnisse in den Balkan-Ländern mit Apathie, Wegschauen oder Resignation. Wir dürfen uns mit diesem Eroberungskrieg nicht länger abfinden. Die sogenannte Münchener Friedenskonferenz im Jahre 1938 war das Fanal für weitere Aggressionen.

(-/10. Januar 1994/rs/ks)

Naturschützer müssen auf Glaubwürdigkeit achten
Wer den Straßenverkehr begrenzen will, darf nicht die Bahn-Reform bekämpfen

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Zu geradezu widersinnigen Ergebnissen führt es, wenn wie in Schleswig-Holstein Naturschutz um jeden Preis betrieben wird. Dort hat wegen einer angeblichen Gefährdung des Vogelschutzes der Landesnaturschutzverband durch eine einstweilige Anordnung des Oberverwaltungsgerichts eine schnelle Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Flensburg verhindert.

Die Folge: Die Maßnahme wird um fast ein Jahr verzögert, es entstehen zusätzliche Kosten in Millionenhöhe, obwohl es keine vernünftige Alternative zur Elektrifizierung gibt.

In der Zwischenzeit zuckeln weiter stinkende Dieselloks über die Strecke, in Hamburg muß jeweils auf E-Loks umgespannt werden, Gütertransporte wandern deshalb mehr und mehr auf die Straße ab. Bei weiteren Verzögerungen gerät sogar die geplante durchgehende Bahnverbindung Skandinavien-Norddeutschland in Gefahr, die wesentliche Voraussetzung für eine Verlagerung der Skandinavien-Verkehre auf die Schiene ist.

Wer wie der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein auf der einen Seite gegen den ausufernden Straßenverkehr zu Felde zieht, auf der anderen Seite aber jede Ertüchtigung des Systems Bahn erschwert oder verhindert, hat seine Glaubwürdigkeit verspielt.

Die Bahnreform hat die Voraussetzungen für eine ökologisch dringend gebotene Renaissance der Bahn und eine Eindämmung des Straßenverkehrs geschaffen. Ihre Umsetzung erfordert jedoch nachhaltige Investitionen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Bahn. Die Naturschutzverbände müssen erkennen, daß durch solche Maßnahmen Schlimmeres - nämlich der explosionsartige Zuwachs insbesondere des Straßengüterverkehrs - verhindert werden kann. Sie sollten sich deshalb aktiv an den Bemühungen für eine modernere Bahn beteiligen, statt Kirchturmspolitik nach dem Sankt-Florians-Prinzip zu betreiben.

(-/10. Januar 1994/rs/ks)

Sozialer Wohnungsbau darf nicht zur Ex-und-Hopp-Veranstaltung werden
Die Bonner Koalition verschärft die Probleme auf dem Wohnungsmarkt

Von Achim Großmann MdB
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundeslagefraktion

Nachdem es die Bundesregierung jahrelang versäumt hat, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zur Kenntnis zu nehmen, scheinen die vielen kritischen Stimmen - Deutscher Mieterbund, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, ifo-Institut für Wirtschaftsordnung - und nicht zuletzt das Wahljahr 1994 zu einer Änderung dieser Haltung beizutragen.

Nach dem Willen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen soll noch im Frühjahr dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet werden, dessen erklärtes Ziel es ist, "30 Prozent mehr Sozialwohnungen mit dem vorhandenen Mittelvolumen" zu errichten, so die Bauministerin in einer Pressainformation. Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau von derzeit 3,95 Milliarden auf 2,8 Milliarden ab 1995 ist eine solche Aussage mehr als unredlich: Die Bauministerin soll einmal vorrechnen, wie sie bei einer Mittelkürzung um nahezu 30 Prozent bei gleichzeitig steigenden Baukosten und Baulandpreisen den notwendigen Zuwachs an Sozialwohnungen erreichen will.

Möglich ist dies nur unter Inkaufnahme einer drastisch verkürzten Bindungsdauer, die nach den Vorstellungen der Koalition bei nicht mehr als 15 Jahren liegen soll. Dies bedeutet faktisch den Ausstieg aus dem sogenannten 1. Förderungsweg mit seinen langfristigen Bindungen von 35 bis 40 Jahren. Der 1. Förderungsweg ist in der Vergangenheit wiederholt auf Kritik seitens der Koalition gestoßen, weil die mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen angeblich übersteuert seien. Das Gegenteil ist richtig: Eine Analyse des Ministeriums für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen weist nach, daß der Barwert der Förderung im 1. Förderungsweg im Verhältnis zur Dauer der Mietverbilligung gegenüber allen sonstigen Förderwegen geringer ist.

Einen Ausstieg aus dem 1. Förderungsweg darf es auch aus einem weiteren Grund nicht geben: Einer Familie, die aufgrund ihrer Einkommenssituation berechtigt ist, eine geförderte Wohnung zu beziehen, nutzt eine 15jährige Mietbindung mit anschließend kaum zu kalkulierenden Mietsprüngen auf die Dauer wenig. Das Operieren mit kurzfristigen Bindungen führt lediglich zu einer zeitlichen Verschiebung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt.

Die SPD wird dafür sorgen, daß der wohnungs- und sozialpolitische Zeitzünder kurzer Bindungsfristen rechtzeitig entschärft wird. Der soziale Wohnungsbau muß reformiert und weiterentwickelt werden. Keineswegs darf er unter dem Deckmäntelchen einer Reform klammheimlich abgeschafft werden.

(-/10. Januar 1994/rs/fr)
